Humanistische Union

Quartalsbericht Nr. 172 (Dezember 2000)

Bericht des Landesverbandes Berlin für die Mitteilungen Nr. 172 (Dezember 2000)

Die gemeinsam mit der Liga für Menschenrechte, der ZeitschriftOssietzky und dem Haus der Demokratie begonnene Reihe **"Republikanischer Vesper"** haben wir im Herbst mit drei weiterenVeranstaltungen fortgesetzt. Am 29. September war Jürgen Seifertunser Referent zum Thema "Antifaschismus im Visier desVerfassungsschutzes". Während das jahrelange Engagementverschiedener linker Gruppen gegen Neonazis immer wieder durchBeobachtung und Nennung im Verfassungsschutzbericht diffamiertwird, bleibt zweifelhaft, ob der Geheimdienst etwas gegen rassistischeGewalt von rechts ausrichten kann. Auf der folgenden Vesper am 26. Oktober stand dann die Praxis imBerliner Abschiebegewahrsam im Zentrum der Diskussion. NebenAnna Elmiger (HU / Kunst und Knast e.V.) diskutierten an diesemAbend EberhardSchultz (Rechtsanwalt) und Christina Kaindl(Kritische Psychologin) überden Widerspruch zwischen einermedienwirksamen Beschwörung vonToleranz und Mitmenschlichkeitund dem faktischen Umgang mitFlüchtlingen, wieer in denAbschiebegefängnissen praktiziert wird.
Die letzte Republikanische Vesper des Jahres widmete sich am 23. November der EU-Grundrechtecharta. Die von Ingeborg Rürupmoderierte Diskussion zeigte, dass die europäische Ebene fürBürgerbewegungen immer wichtiger wird, die Bewertung derRechtsentwicklung aber unterschiedlich ausfällt. Während Hans Wagen(Euromärsche) und Thomas Fiedler (Inter Citizens‘ Conferences) aufDefizite der Charta hinwiesen, stellte insbesondere Mark Holzberger(Mitarbeiter von Claudia Roth) die erreichten Fortschritte heraus, diejedoch dringend einer rechtlichen Verbindlichkeit bedürften.
Die Reihe der Republikanischen Vespern wird im nächsten Jahrfortgesetzt. Der Diskurs zu bürgerrechtlich relevanten Themen bei Brot,Käse und Wein findet in der Regel am jeweils letzten Donnerstag desMonats statt. Abweichend davon wird die nächste Vesper bereits am18. Januar stattfinden. Thema ist das Für und Wider eines Verbots derNPD.

Seit dem Sommer beteiligt sich der Landesverband an denVorbereitungen eines **Bündnisses gegen Rassismus**, das im Gegensatzzu den staatlich initiierten oder staatsnahen Bündnissen auchfremdenfeindliche Politikeräußerungen sowie die repressive Asyl- undMigrationspolitik kritisieren will. Den nach Einladung derInternationalen Liga für Menschenrechte beteiligten Gruppen geht es zudem darum, antifaschistische Gruppen vor staatlicher Repression in Schutz zu nehmen und Bürgerrechtseinschränkungen im Namen der Bekämpfung des Rechtsextremismus abzuwenden. Aus ähnlicher Motivation beteiligte sich die Berliner HU nicht an dem Aufruf zu der offziösen Demonstration am 9. November. Mitglieder des LV beteiligten sich gleichwohl an der Demonstration und machten mit Plakaten wie *Die Zuständigen sind nicht immer die Anständigen - Neonazis prügeln, der Staat schiebt ab* auf die Differenz zwischen antirassistischen Sonntagsreden und staatlichen Taten aufmerksam.

Darüber hinaus hat sich der Landesvorstand wieder mit einer Reihe von Briefen, Gesprächen und Medienauftritten in aktuelle Auseinandersetzungen eingemischt. Jenseits der Dauerbrenner

https://berlin.humanistische-union.de/thema/quartalsbericht-nr-172-dezember-2000/
Abgerufen am: 17.11.2026